

Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis M. 3.30 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.30, im sonst. inländischen Verkehr M. 3.40 u. 30 Pf. Postfrei.

Anzeigenpreis: die einseitige Beilage ober deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeilen 60 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 109, Fernsprecher Nr. 88.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftl.: Th. G. A. G., beide in Wildbad.

Nr. 240

Freitag, den 24. Oktober 1919

Jahrgang 53

England wollte schon 1908 die deutsche Flotte überfallen.

Auch in England beginnt ein Strom politischer Memoiren zu fließen, und wir werden somit auch von englischer Seite mancherlei Enthüllungen über das, was hinter den Kulissen gespielt hat, erleben. Zunächst sind die Memoiren des Admirals der Flotte, Lord Fisher, an der Reihe. Aber während die bei uns in den letzten Wochen erschienenen Memoiren nur immer weitere Einzelheiten über die Unzulänglichkeit der deutschen Politik und ihrer Träger, sowie über unsere unberechenbare Stimmungspolitik bringen, mit der wir schließlich das Vertrauen aller Mächte verlohren haben, wird jetzt auf englischer Seite festgestellt, daß man an verantwortlicher Stelle in England schon 1908 mit dem Gedanken umgegangen ist, die deutsche Flotte mitten im tiefsten Frieden zu überfallen — so wie Nelson einst Kopenhagen überfallen — und die England gefährlich und unbedenklich erscheinende Marine zu vernichten.

Die „Times“ teilen Auszüge aus den demnächst erscheinenden „Erinnerungen“ des Admirals der Flotte, Lord Fisher, mit. Ein an den König gerichtetes Schreiben vom 14. März 1908, in dem der Admiral auf die Unvermeidlichkeit des Kriegs mit Deutschland und die Bedeutung Russlands und der Türkei für einen solchen Krieg hinweist, ist folgende charakteristische Notiz des Admirals beigefügt:

Dieser Brief folgte auf eine lange geheime Unterredung mit Seiner Majestät, in der ich darauf drängte, daß wir die deutsche Flotte bei Helgoland, Kopenhagen (d. h. überfallen und vernichten) sollten, und darüber lagte, daß wir weder einen Bitt noch einen Wismarck befehlen, um den Befehl zu geben. Es muß betont werden, daß wir zu diesem Zeitpunkt eine Menge leistungsfähiger U-Boote hatten, Deutschland aber nur drei, ferner, daß wir sieben geschlechtsbereite Dreadnoughts hatten, Deutschland aber keinen einzigen. Nachdem dieser mein Vorschlag abgelehnt war, blieb nichts übrig für unseren unvermeidlichen Krieg mit Deutschland, als die Zusammenziehung unserer gesamten Flottenstärke im erst bedingenden Kriegstheater, in den nördlichen Gewässern. Und es wurde dies so manuell durch geführt, daß erst Admiral Mahan in einem Artikel in dem „Wilson“ als „Amerikaner“ die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenkte, daß 88 v. H. von Englands Geschützen auf Deutschland gerichtet seien.

Es folgt dann die Wiederholung eines schon 1907 geschriebenen Briefes, in dem der Admiral nachdrücklich für die Vernichtung Deutschlands eintritt und die Überlegenheit der englischen Flotte wie ihre Kriegsbereitschaft im einzelnen bepricht. Er selbst habe in einem geheimen amtlichen Schriftstück darauf hingewiesen, daß die englische Flotte viermal so stark sei wie die deutsche, und darin habe er völlig recht. Fisher berührt dann noch einen interessanten Punkt.

Die deutsche Admiralität habe sich 18 Monate mit dem Dreadnought-Problem gemüht, ohne etwas zu tun, weil es für sie eine Ausgabe von 250 Millionen Mark bedeutete, den Ärmelkanal, sowie alle Äden und Hafenzugänge zu versetzen und zu erweitern. „Dann war aber noch ein anderes, nie bekanntgemachter Grund vorhanden. Unsere Schiffe hätten, die wir groß machen müssen, um ihnen ein für allemal über die ganze Welt hinreichendes Kohlenstoffvermögen zu geben, landen zu tief, um nahe an die deutsche Küste oder an die Liegeplätze in deutschen Häfen zu kommen. Aber die deutsche Admiralität ist trotzdem gezwungen, 12,5 Millionen Pfund für Bagger auszugeben, um diesen unseren vorhanden großen Schiffen zu ermöglichen, sie in ihren eigenen Gewässern zu bekämpfen, was sie vorher nicht tun konnten. Es war in der Tat eine machbarliche Einmischung der Vorsehung zu unseren Gunsten, welche die Entwicklung herbeiführte.“

Der Untersuchungsausschuß.

Berlin, 22. Okt.

In der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses wurde die Befragung des früheren deutschen Botschafters in Washington, Grafen Bernstorff, fortgesetzt. Bernstorff erklärt, daß schon im Mai 1916 der gesamte amerikanische Handel auf die Entente einachelt war. Der

Handel mit Deutschland kam nicht mehr in Betracht. Hätte Wilson den Handel mit der Entente irgendwie gestört, so würde er die öffentliche Meinung in Amerika gegen sich gehabt haben. Wilson hat auch immer erklärt, er könne nicht gegen die öffentliche Meinung auftreten. Die Amerikaner hätten auch bei der Friedensvermittlung unter allen Umständen völlige Wiederherstellung Belgiens gefordert.

Sodann besprach Bernstorff die sogenannten Berichtigungen, mit denen die deutschen Vertreter beabsichtigt zu tun gehabt haben. Verschiedene Deutsche seien wegen Sabotage verurteilt worden, ohne daß er wisse, ob sie überführt seien. Deutsche Berichtigungen haben sich bei ihm gemeldet, ohne aber den Grund ihres Besuchs Auskunft zu geben. So sei ein angeblicher Kapitänleutnant Rinteln später in England verhaftet worden, mit dem die deutsche Regierung nach einem Telegramm des Staatssekretärs Jagow nichts zu tun gehabt habe. Die haben sich als Deutsche ausgegeben, die in Wirklichkeit Spione der Entente waren. Zur Sabotagefrage erklärt Graf Bernstorff, er wisse heute noch nicht, ob eine solche wirklich von Deutschen verübt worden sei. Im September 1915 sei ein Bericht der österreichisch-ungarischen Botschaft in England dem Uebersetzer abgenommen worden, der den Vorschlag enthielt, man möge Geld hergeben, um unter den ungarischen Arbeitern in allen wichtigen Betrieben Streiks zu inszenieren. Darauf wurde

die Abberufung des österreichischen Botschafters verlangt. Nach Abberufung des deutschen Militär- und Marineattachés wurden die militärischen Dinge in einem besonderen Bureau in Neuport bearbeitet. Dieses wurde eines Tages von amerikanischen Beamten gestürmt und die Akten mitgenommen. Proteste wegen der Verletzung der Territorialität wurden niemals entschieden, da inzwischen die Friedensaktion einsetzte.

Auf eine Frage des Vorsitzenden, welchen Eindruck die Antwort des Kaisers, die durch Gerard den Weg nach Washington gefunden habe, auf die Friedensvermittlung Wilsons im August 1914 in Washington gemacht habe, antwortete Bernstorff, daß es sich gar nicht um eine Ausherrschung des Kaisers, sondern um eine antizipierte Antwort der deutschen Regierung gehandelt habe. Der Kaiser habe damals in Wilson wegen der Grenz der besetzten Verdrückung telegraphiert.

Hg. Singheimer hat auf Grund der Akten festgestellt, daß das Friedensangebot vom 12. Dezember in voller Uebereinstimmung mit der Obersten Seeresleitung und dem Kaiser in die Welt gegangen sei. Es folgt die Periode, die mit dem amerikanischen Friedensangebot beginnt. Nach Bernstorffs Ansicht hat die öffentliche Meinung in Amerika den Schritt Wilsons als deutschfreundlich empfunden. Er habe angenommen, daß die deutsche Antwort sagen wollte, wir wünschen eine Friedensvermittlung in soweit, daß ein Konsergen zustande kommt. Jetzt müsse er allerdings einmehren, daß unsere Antwort vom 6. Dezember die Absicht verfolgte, Wilsons Friedensvermittlung abzuschneiden. In dieser Auffassung sei er durch ein Telegramm des Kaisers gekommen, worin er gefragt wurde, warum er noch von Friedensvermittlungen Wilsons spreche, die noch gar nicht mehr beständen. Die Note Wilsons sei schließlich unklar und tauschend gehalten gewesen.

Der Kaiser habe bemerkt, daß er gar keinen Wert an Wilsons Friedensangebot lege. Falls ein Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, sei das nicht zu ändern, es würde vorgegangen. Weiterhin erklärte Bernstorff, die deutschen Friedensbedingungen seien sehr-mahvoll gewesen. Lansing habe erwidert, er verstände nicht, warum wir nicht ebenso viel fordern, wie die anderen. Man könnte sich dann auf der mittleren Linie einigen.

Zu der Frage der Ablehnung durch die Entente erklärte Bernstorff, Wilson habe ausgesprochen, daß die Entente die Absicht habe, uns zum Unterseebootkrieg zu bringen, um die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Bei den vorläufigen Verhandlungen seien öfters Ausherrschungen der Obersten Hause laut geworden, die Entente würde unter allen Umständen versuchen, einen Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten herbeizuführen. Wilson habe einen Augenblick abwarten wollen, wo keiner der beiden Kriegführenden noch die Hoffnung hatte, der Sieg zu erringen. Er habe immer gesagt, er strebe keine Friedensvermittlung an, solange irgendwo ein Krieg mit Deutschland vorhanden sei.

Vorsitzender Barnum: Vom Staatssekretär Zimmermann ist Ihnen mehrfach nahegelegt worden, einen energischen Druck Wilsons auf England zu veranlassen, tamentlich für ein Ausfuhrverbot. Sie sollen daraufhin erklärt haben, das sei nicht gut möglich, weil Wilson Rücksicht auf den amerikanischen Handel zu nehmen habe.

Graf Bernstorff: Die Situation hatte sich wesentlich geändert, als Wilson wieder gewählt worden war und zwar auf Grund des Programms, den Frieden erhalten zu wollen und die Kriegsbereitschaft der Vereinigten Staaten zu erhöhen. Die Stimmung der Industrie war nicht mehr gegen einen für uns günstigen Frieden, wie früher. Bernstorff sagt weiter: Er habe an den guten Willen Wilsons geglaubt, den Frieden zu vermitteln. Nach Wilsons Ausherrschungen sollte es ein Frieden ohne Sieg sein, und er habe dies so verstanden, daß Deutschland seine Weltstellung behalten sollte. Niemals sei von amerikanischer Seite mit der Entente über einen Frieden verhandelt worden, worin nur die geringste Abtretung russischen Gebiets ins zugemutet worden wäre.

Auch wenn kein anderer Anlaß gewesen wäre, Deutschland den Krieg zu erklären, hätte die Entdeckung der Dinge nach amerikanischer (d. h. Wilsons) Auffassung vorwiegend zum Eingreifen Americas geführt. Bei dieser Erklärung Bernstorffs geht eine Bewegung durch den Saal.

Darauf wird die Verhandlung auf Donnerstag verlegt.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 22. Okt.

Ein erstes Kapitel wurde in der heutigen Sitzung abgeschlossen: Die Verschleierung von Heeresgut und Staatsvermögen in den Heeresverhältnissen. Die Abg. Koch (D.natl.Sp.) und Marek (D.Vp.) entrollten ein anges. Sündenregister über das Verschwinden von Staatsgut, dessen Wert viele Millionen beträgt. Am schlimmsten sei es in den Militärverhältnissen zu Spandau unter der Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte zugegangen; um dem Uebel zu steuern, hätte die Umstellung der 6 Heeresbetriebe in „Zivilbetriebe“ viel früher vorgenommen werden sollen. Marek bemängelte es, daß bei gegenwärtiger Finanzlage für das Wohnhaus des Reichspräsidenten 22 Millionen und für den Neubau des Reichsministeriums des Innern 20½ Millionen angefordert werden. Reichsfinanzminister Mayer betonte beglückend, daß durch Umstellung Musterbetriebe geschaffen werden sollen, deren Entwicklung allerdings ganz von dem Arbeitswillen der Beamten und Arbeiter abhängt. Es sei dafür gesorgt, daß in den neuen Betrieben die Techniker und Kaufleute bei der Besetzung der leitenden Stellen reichlich berücksichtigt werden. Auch darauf werde Bedacht genommen, daß die Betriebe dem Handwerk keine Konkurrenz machen.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts Reichsfinanzministeriums.

Hg. Koch-Düsselborf (D.natl.Sp.): Trotz aller guten Willens seitens des Reichsverwaltungsrats sind Verschleierungen im größten Maßstab erfolgt. Eine besondere Kommission zur Nachprüfung und Ueberwachung wäre erwünscht. Der Bericht des Ausschusses für Reichshaushalt über die Militärverhältnisse ist eine einzige Anklage. Das Gesamtministerium hätte viel früher Maßnahmen treffen müssen zur sofortigen Umstellung der Betriebe. Außer in Spandau ist es in allen anderen Werkstätten seit einem halben Jahre mit der Wirtschaft immer weiter gegangen. Der Terrorismus der Soldatenräte hält die Arbeiter und Beamten in Furcht. Die Beamten fügen sich zum Teil aus mancherlei Gründen.

Generalkommissar Dr. Weingärtner vom Reichsverwaltungsrat: Wir haben noch längere Zeit an verlustbringenden Aufträgen zu leiden. Bayern und Sachsen sind noch nicht angeschossen. Beide wollen sich bis Ende dieses Monats entscheiden, ob sie die Betriebe selbst übernehmen wollen. In die leitenden Stellen müssen wir Ingenieure und Kaufleute setzen. Wir haben auch Betriebe an 16 verschiedenen Orten. Wo sollten diese Leute so schnell herkommen? Wir müßten Kalkulationsbureaus schaffen und Fällung mit der Kundenschaft suchen, die es noch nicht gab. Arbeiter und Angestellte müssen uns unterstützen. Sie müssen sich zum Teil bescheiden.



Neues vom Tage.

Der neue Reichsgerichtspräsident.

Leipzig, 23. Okt. Als Nachfolger des Reichsgerichtspräsidenten Lehmann v. Sedeborn ist der frühere Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Paul v. Krause in Aussicht genommen.

Des Amtes entsetzt.

Braunschweig, 23. Okt. Infolge der verschiedenen nächtlichen Krawalle in der „Polizeipräsident“ von Braunschweig, der Dreher Lappe, ist dieses Amt entsetzt worden. Es war der letzte aus der kommunistischen Herrschaft.

Aus dem Parteileben.

Berlin, 23. Okt. Die „Germania“ teilt den Entwurf der Verhandlungen der Deutschen Zentrumsparlei mit, der nach den Beschlüssen der Zentrumsversammlung in der Nationalversammlung ausgearbeitet wurde.

Aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 23. Okt. Nach einer Mitteilung aus Koblenz wird angeblich das interalliierte Kommando an Verwendung des amerikanischen Hauptquartiers den militärischen Bevollmächtigten von den Kraftwagen, die Deutschland gemäß dem Friedensvertrag abliefern mußten, zur Verfügung stellen, um Kohlen in das von den amerikanischen Truppen besetzte Gebiet zu schaffen.

Koste über die Reichswehr.

Berlin, 23. Okt. Nach dem „Abend“ sprach in der gestrigen Versammlung des Wirtschaftsverbands „Deutsche Berufsarbeit“ Reichswehrminister Roske. Er sagte u. a.: Ich muß jeden Tag viel Geld ausgeben während der Finanzminister nicht weiß, wo er die Millionen hernehmen soll. Nicht nur die Unteroffiziere, jede einzelne unserer Volksgenossen muß mit einer unsicheren Zukunft rechnen. Die neue Reichswehr ist unentbehrlich wenn nicht wenigstens ein Teil der erfahrenen Unteroffiziere übertritt. Das Abfindungsgesetz ist kein Pappentitel. Sie legen Wert auf ein staatliches Zeugnis. Ich muß genügt ein papierenes Zeugnis nicht, sondern die Echtheit des Namens. Die heutige Truppe ist gar nichts. Der vierzigjährige Wachtmeister und der siebenjährige Burde tragen drei Monate lang den „Kuhfuß“ weil sie arbeitslos sind und den Sold in der Reichswehr mitnehmen wollen. Mit äußerstem Mißtrauen aber werde ich zusehen, wenn Ihr Verband etwa die Reichswehr auf eine gewerkschaftliche Grundlage stellen will. Einen Unteroffizier, der mir auseinanderlegt, wenn sein Bündnis nicht in Erfüllung geht, so werde eines Tages wenn Not an Mann sei, die Truppe Gewehr bei Fuß sehen, kann ich nicht dulden. Wie weit die Staatsbürger Rechte und Freiheiten der Reichswehr zugestanden werden sollen, werde ich mir sehr reiflich überlegen. Die Truppe muß unpolitisch sein. Nach 12 Jahren wird der Soldat nicht mit dem Bettsack auf die Straße geworfen sondern für seine Zukunft wird gesorgt werden müssen. In der neuen Reichswehr wird es zunächst keine Offizierskandidaten geben. Erst nach zwei Jahren wird sich zeigen wer von den Mannschaften sich dazu eignet, auf die Offizierschule zu gehen.

Fisher an Tirpitz.

Berlin, 23. Okt. Der frühere Erste Lord der britischen Admiralität, Lord Fisher, der hervorragendste militärische Admiral, veröffentlicht jetzt in der „Times“ seine Erinnerungen. Er teilt darin einen bisher unveröffentlichten Brief mit, den er am 29. März 1916 geschrieben habe, als er von der Entlassung des Staatssekretärs v. Tirpitz hörte. In diesem Brief heißt es unter anderem: Ich alter Tirpitz. Sie sind der einzige deutsche Seemann, der sich auf den Krieg versteht. Ich kenne Sie wegen der U-Boorgeschichte nicht an. Ich selbst wäre ich so behandelt haben, aber unsere Jüdinnen in England wollten mir nicht glauben, als ich ihnen das sagte.

Kammer der Hochschullehrer.

Wien, 23. Okt. Hier ist eine vorläufige Kammer der Hochschullehrer eingerichtet worden, deren Aufgabe ist, das Unterrichtsamt in Angelegenheiten des Hochschulwesens zu beraten und die Standesinteressen wahrzunehmen.

Suche nach den Ursachen der Ernährungsschwierigkeiten in Oesterreich.

Wien, 23. Okt. Der französische General Maucere der hier eintraf, erklärte dem Kanzler Renner, er sei vom Obersten Rat gelandt, um mit einer Kommission die Ursachen der Ernährungsschwierigkeiten festzustellen und dann dem Obersten Rat Vorschläge zu machen. Renner dankte namens der Republik Oesterreich.

Die Deutsch-Oesterreicher gehen nicht nach Washington.

Berlin, 23. Okt. Wie dem „Vorwärts“ aus Wien berichtet wird, werden die deutsch-oesterreichischen Gewerkschaften keine Vertretung nach Washington entsenden.

Die Schweiz und die Blockade Rußlands.

Bern, 23. Okt. In der Antwort auf die Aufforderung des Verbands zur Blockade Rußlands erklärt der Bundesrat, daß die Schweiz von sich aus längst alle wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit der Sowjetrepublik abgebrochen habe. (Die Antwort kommt einer förmlichen Ablehnung gleich.)

Die Verfallung des Friedens.

London, 25. Okt. Die „Daily News“ vom 20. Oktober wenden sich scharf dagegen, daß aus formellen Gründen noch immer nicht mit der Durchführung des Friedensvertrags begonnen wird. Es sei jetzt keine die Monate her, seit der Vertrag unterzeichnet wurde, um trotzdem seien die Alliierten noch nicht darauf vorbereitet seine Bestimmungen anzuführen. Es solle kein Zweifel darüber gelassen werden, daß die offenbar beabsichtigte Verzögerung eine deutliche Verletzung des Vertrags selbst darstelle. Weber der Oberste Rat, noch irgend eine Körperschaft mit Ausnahme eines vollen Conclaves aller Unterzeichneten sei dazu berechtigt, die Ausführung des Vertrages hinauszuschieben.

Berlin, 23. Okt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erzählt von wohlunterrichteter französischer Seite, daß noch und Tardieu immer noch hoffen, es könnte sich irgend etwas ereignen, das den Franzosen nach dem Waffenstillstandsvertrag das Recht geben würde, weitere Teile Deutschlands zu besetzen oder Absonderungsbestrebungen in Rheinland zu fördern, solange der Frieden noch nicht tatsächlich ist. Die Verbandspolitik sei gegenwärtig ohne einheitliche Leitung.

Immer neue Forderungen.

London, 23. Okt. Die britische Regierung verlangt in einer Denkschrift an den Obersten Rat die Auslieferung von fünf deutschen Handelschiffen, die während des Kriegs an holländische Gesellschaften verkauft worden seien.

Der Oberste Rat hat die Auslieferung der genannten fünf und fünf weiterer Schiffe verlangt. Die Schiffe sollen von deutschen Mannschaften nach einem englischen Dajen gebracht und die holländischen Namen entfernt werden.

Der Krieg im Osten.

London, 23. Okt. Die russische Nordwestarmee befindet sich 13 Kilometer vor Petersburg. Die bolschewistische Regierung will die Stadt verteidigen.

Paris, 23. Okt. „Chicago Tribune“ meldet, ein Bankkonsortium der verbündeten Länder werde der Regierung des Admirals Koltchal in Omsk (Sibirien) finanzielle Unterstützung bis zu 30 Mill. Dollar sichern.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 23. Okt. Der Oberste Rat hat genehmigt, daß die deutschen Fischer- und Küstenschiffe in der Ostsee weniger streng überwacht werden sollen.

Gewerkschaftliche Vereinigung.

Amsterdam, 23. Okt. Der „Telegraaf“ meldet aus London, die Vereinigung der verschiedenen Gewerkschaften der Maschinenbau-Industrie sei geplant. Die Organisation würde mit 1 1/2 Millionen Mitgliedern und einem Kassenbestand von über 80 Mill. Mark die größte der Welt sein.

Der italienische Nationalfeiertag.

Rom, 23. Okt. Der Ministerrat beschloß, den 4. November zum nationalen Feiertag zu erklären. (Am 4. November 1918 fand die Kapitulation Oesterreich-Ungarn statt.)

Berlin, 23. Okt. Der Haushaltsausschuß der preussischen Landesversammlung hat alle Ausnahmebestimmungen für weibliche Beamten, auch das Verbot der Verehelichung der Lehrerinnen, aufgehoben.

Mainz, 23. Okt. Auf Anordnung der französischen Besatzungsbehörde wird aus den Saargruben eine gewisse Menge Kohlen, die der für Frankreich bestimmten Menge entnommen wird, dem besetzten Gebiet geliefert werden. Die Abgruben werden freigestellt zur vollständigen Lieferung der vorgeschriebenen Kohlen aufzufordern.

Paris, 23. Okt. (Havas.) Der Gouverneur von Maubeuge, General Fournier, wird vor ein Sondergericht gestellt werden wegen Kapitulation vor dem Feinde und Übergabe der Stadt. Das Kriegsgericht wird General Fournier präsidieren. Des weiteren haben sich 8 Offiziere zu verantworten wegen Feigheit vor dem Feinde, welche ebenfalls bei der Verteidigung von Maubeuge mitgewirkt haben.

Newyork, 23. Okt. (Reuter.) Der Streik der Hausarbeiter ist beendet.

Vermischtes.

Werkbund. Zum Vorsitzenden des Deutschen Werkbunds wurde der Stadtbaurat Prof. Hans Pöhlzig in Dresden gewählt.

Bayerens Kriegsverlust. Nach dem amtlichen Bevölkerungsbericht hat Bayern bis Ende 1918 etwa 180 000 Befallene aufzuweisen und außerdem ca. 70 000 Zivilpersonen durch die Wirkungen der feindlichen Hungerlockade verloren, sowie einen Geburtenausfall von etwa 100 000 ungeborenen Kindern zu verzeichnen.

Säumige Ablieferer. Das Laninger Bezirksamt enthält eine Liste mit den Namen derjenigen Landwirte, die ihrer Ablieferungspflicht im Jahr 1918/19 nicht richtig nachgekommen sind. Das Verzeichnis umfaßt 7 Seiten. Die Veröffentlichung erfolgte auf Grund eines Beschlusses des Kommunalverbandsausschusses.

Das Landboot „Deutschland“. Ein in Hamburg zur Veröffentlichung gelangter Brief des Chefingenieurs Albert Albers, der im Jahr 1916 beide Amerikafahrten des Handelsunterseeboots „Deutschland“ mit Kapitän König mitgemacht hat, besagt u. a.: Nachdem das Boot in ein Kriegsfahrzeug umgebaut worden war, unternahm es noch drei Fernfahrten von je vier Monaten Dauer nach der Westküste Afrikas, den Azoren und den Kap Verdischen Inseln als „U. 155“. Paul Wasthillsabkommen mußte dieses Boot nach Narvik fahren, wo es am 24. November 1918 zur Abgabe in England gelangte.

Erdbeben. Am 22. Oktober früh 7.11 Uhr wurde in Italien ein neuer Erdstoß veripärt, der besonders stark in der Nähe von Rom und in Pelicci war. Schadenlose sind bis jetzt nicht gemeldet.

Der Regerkönig.

Unter den Eingeborenen der deutschen Kolonien in Afrika, deren Treue die härtesten Prüfungen bestanden und damit die wissenschaftlich falsche Behauptung von der kolonialistischen Minderwertigkeit der Deutschen im Voraus widerlegt hat, befand sich auch der König von Kamerun, des Namens Karl Mtangana. Er zog sich im Februar 1916 mit den Deutschen in die spanische Besitzung Fernando Po zurück, von wo er jetzt nach Madrid gekommen ist, um dem König von Spanien seinen Dank für die gütliche Aufnahme auszusprechen. Dort hat kürzlich ein Mitarbeiter der Zeitung „El Dia“ eine

Abg. Marekly (E.S.): Wir freuen uns, daß auch die Mehrheitssozialisten einsehen, daß leitende Kräfte mit großer Bewegungskraft und mit guter Bezahlung nötig sind.

Abg. Brühl (U.S.P.): Auch unter den neuen Herren werde wieder verordnet und befohlen, ohne Rücksicht auf die Rechte der Arbeiter. Es werde den Arbeitern jetzt verboten, ihre Betriebsversammlungen in der Werkstätten abzuhalten. Dem Weinig werden 240 000 Mark pro Jahr gezahlt, den Arbeitern werden aber bis 5 Minuten Wajzeit gestrichen. Auch dürfen sie während der Arbeitszeit kein Bad mehr nehmen.

Abg. Wieland (E.S.P.): Auch in die Landesfinanzämter müssen Techniker hineinkommen können, neben den Juristen. Den Technikern muß der Aufstieg in die höhere Verwaltung frei gemacht werden.

Minister Dr. Mayer: Zwischen der Zahl der Techniker und der Zahl der Juristen besteht ein durch aus günstiges Verhältnis. Auch ist der Aufstieg in die höheren Stellen den Technikern durchaus offen.

Abg. Stahl (S.): Die Schließung der Spandauer Werkstätten sei allein zurückzuführen auf die Haltung der Unabhängigen. Durch Sabotage seien Millionen in Spandau verloren gegangen.

Abg. Jand (S.): Bei der Umstellung soll auf der Mittelstand und das kleine selbständige Gewerbe Rücksicht genommen werden.

Minister Dr. Mayer: Konkurrenzartikel für das Handwerk würden in den Staatsbetrieben nicht hergestellt werden, sondern vor allem Handwerksmaschinen.

Der Rest des Etats wird angenommen.

Die Dreibundverträge.

Der Wiener Universitätsprofessor Alfred Franck Frißman veröffentlicht im Verlag Braumüller demnächst ein Werk über die politischen Geheimverträge Oesterreich-Ungarns 1879 bis 1914. Darin wird auch Aufschluß über den Inhalt der Dreibundverträge gegeben. Aus dem nunmehr veröffentlichten übrigen Wort auf geht hervor, daß der Dreibund nicht als Ersatz des Oesterreich-ungarisch-deutschen Bündnisses von 1879 anzusehen ist vielmehr blieb dieser Vertrag bis zum Ausbruch des Weltkriegs unabhängig von dem Bündnis mit Italien die Grundlage für die Haltung der Mittelmächte in aller Fragen der Außenpolitik. Die oft ausgesprochene Behauptung, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn schon im Jahre 1879 die selbsttätige Fortdauer ihres Vertrages festgelegt hätten, beruht auf einem Irrtum. Erst im Jahre 1903 wurde festgelegt, daß er von selbst von drei zu drei Jahren fortzuauern soll, wenn kein Vertragsteil den Vertrag zwei Jahre vor seinem Ablauf kündigen sollte.

Der erste Dreibundvertrag mit einer fünfjährigen Dauer wurde am 20. Mai 1882 unterzeichnet. In seinem zweiten Artikel verpflichtet er Oesterreich-Ungarn und Deutschland, Italien mit ihrer ganzen Kriegsmacht zu Hilfe zu eilen, wenn es ohne Herausforderung seiner Seite von Frankreich angegriffen würde. Eine entsprechende Verpflichtung Deutschlands gegenüber nahm nur Italien auf sich, Oesterreich-Ungarn nicht. Wenn Oesterreich-Ungarn ohne Herausforderung seiner Seite von Italien allein angegriffen würde, war Italien nur zu einer wohlwollenden Neutralität gegen Oesterreich-Ungarn verpflichtet. Italiens Bemühungen, zur Sicherheit gegen die weiteren Eroberungspläne Frankreichs in den Randgebieten des Mitteländischen Meeres Englands Beitritt zum Dreibund zu erwirken, scheiterte damals noch an dem Widerstand Bismarcks, doch wurde in einem dem Vertrag angehängten Protokoll ausdrücklich erklärt, daß der Dreibund keine englandfeindliche Tendenz verfolge.

Während aber die Mittelmächte an diesem Gedanken bis zur Auflösung des Bundes unentwegt festhielten, ließen Italien ihn schon bei der Verhandlung des zweiten Dreibundvertrags fallen, der 1887 wieder auf fünf Jahre abgeschlossen wurde. Nach langwierigen, mehrmals von Scheitern bedrohten Verhandlungen, griff man zu der Ausweg, die von Deutschland und Oesterreich zu übernehmenden Verpflichtungen zu teilen. Zu diesem Zweck wurden drei Verträge abgeschlossen, deren erster Deutschland verpflichtete, Italien mit seiner ganzen Kriegsmacht auch dann Hilfe zu leisten, wenn es ohne von Frankreich angegriffen werden zu sein, durch die Kämpfe in Tripolis oder Marokko sich genötigt sehen könnte, seinerseits die dortigen oder die europäischen Besitzungen Frankreichs anzugreifen. Später schloß Italien einen Sondervertrag mit Frankreich über Tripolis, erneuerte aber trotzdem den Dreibund.

Diese drei Verträge wurden bei Abschluß des dritten Dreibundvertrags 1891 auf Verlangen Italiens auf einen Vertrag vereinigt. England hatte sich bereits 1887 mit Oesterreich-Ungarn und Italien über die Aufrechterhaltung des türkischen Beiges im Orient geeinigt. Rumänien fand der von Deutschland lebhaft unterstützte Wunsch Italiens, England in möglichst bindender Form zur Unterstützung und Unterstüzung der die nordafrikanischen Gebiete betreffenden Bestimmungen des Dreibundvertrags zu bewegen, in einem dem Vertrag angehängten Protokoll Berücksichtigung. Damit hatte die Annäherung Englands an den Dreibund den Höhepunkt erreicht. Die Krise des Dreibunds begann mit dem ersten schweren Konflikt zwischen England und Deutschland. Bereits 1896 teilte Italien den Mittelmächten mit, daß es an einen Krieg, in dem England und Frankreich gemeinsam als Gegner des Dreibunds auftreten sollten, nicht teilnehmen könne, eine Erklärung, die allerdings Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich weigerten, zur Kenntnis zu nehmen. Der Dreibundvertrag wurde noch einmal, als ab 1912 unverändert erneuert, desgleichen das Protokoll von 1891, obgleich im Hinblick auf die sich mehrenden Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und England immer weniger den tatsächlichen Verhältnissen entsprach.

Unterredung mit ihm gehabt, die manches Bemerkenswerte enthält. Mangana hat in Deutschland studiert — wie erst sein Sohn Catalina Edibini Mangana — spricht fließend deutsch und englisch, genügend spanisch. Der Reporter, der sich nicht wundern darf, daß der „Wilde“ nicht seine hundert Weiber um sich habe, richtete an den König die für einen Spanier gänzlich unermessliche Frage, wie ihm die spanischen Frauen gefallen. Antwort: „Die spanischen Frauen gefallen mir sehr. Sie sind sehr sympathisch, sehr hübsch, aber da ich verheiratet bin, kann ich mich weiter nicht für sie interessieren. Ich bin Christ und kann daher nur einer Frau gehören.“

Das erste, was die Aufmerksamkeit des spanischen Zeitungsmanns auf sich zog, war ein merkwürdiges Zeichen auf der Stirn des Königs. Er wurde durch die folgende Geschichte oder Legende darüber aufgeklärt. In jener Vorzeit begab es sich, daß ein König von Jaunde mit einem schlümmen Nachbarn Krieg führen mußte. Er war siegreich und kehrte unter dem Jubel seines Volkes in seine Hauptstadt zurück, wo ihm die kummervolle Vorzeit ward, daß inzwischen seine beiden Söhne von vorläufigen Sklaven entführt worden waren. Vor Kummer starb der König bald darauf und einer seiner Anverwandten bestieg den Thron. Nach Verlauf von 15 Jahren aber ergriff einer im Lande, der behauptete, er sei der entführte Thronerbe. Man glaubte ihm und zogerte nicht, ihm in sein angebliches Recht einzusetzen. Doch kaum war so geschehen, als unter dem Volk von ungefähr der wahre Kronprinz an einer Narbe erkannt wurde, die von einer Pfeilwunde herrührte. Der Betrüger wurde zu Tode gebracht und der echte König gekrönt, und von da stammt das Geheiß, daß die Mitglieder des königlichen Hauses jenes Zeichen auf der Stirn tragen müssen, das im Lauf der Zeiten noch andere Bedeutung angenommen hat. So werden mit dem Zeichen auch die im Kindesalter Verwaisten kenntlich gemacht, um sie gleichsam zu Angehörigen des Königs zu stempeln und der Achtung der Mitmenschen zu empfehlen.

Dies und anderes erzählte der König dem Reporter, der ihn endlich fragte, ob er die Deutschen liebe. „Sehr“, antwortete Karl Mangana, „ich habe in Berlin studiert und sie haben meinem Lande die Zivilisation gebracht. Sie haben eine Menge Schulen gegründet und uns stets mit Liebe und Achtung behandelt.“ — „Und die Franzosen?“ fragte der Reporter, worauf der König nach einiger Beratung mit seinen Begleitern zur Antwort gab, von ihnen sei er nichts.

Württemberg.

(*) **Stuttgart, 23. Okt.** Erklärung der Landeskirchenversammlung. Nach dem Antrag des Ausschusses der Verfassungsgebenden ev. Landeskirchenversammlung wurde in der heutigen Sitzung folgende Erklärung an das evang. Volk beschlossen: Nach der Reichsverfassung haben die Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten das Recht, diejenige Schularart in ihre Gemeinde zu verlangen, welche ihrem Bekenntnis entspricht, und dieser ihr Wille muß nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Die Landeskirchenversammlung richtet an die evangelischen Kirchenmitglieder des Landes die Bitte zu gegebener Zeit von diesem Recht Gebrauch zu machen und, wo es immer möglich ist, für Erhaltung und Erreichung evangelischer Konfessionsschulen mit aller Entschiedenheit einzutreten, weil in diesen Schulen eine einheitliche evangelische Bildung unserer Kinder am meisten gewährleistet wird.

(*) **Stuttgart, 23. Okt.** (Württ. Krankenl.-Assenverband.) Die Landesversammlung des Württ. Krankenl.-Assenverbandes war von 259 Vertretern besucht. Berichtet sind in Württemberg rund 1/2 Millionen Personen. Angenommen wurde ein Antrag auf Erlassung einer neuen Gebührenordnung für die Krankenpflege auf Übernahme der Wegegebühren durch die Gemeinden und auf Erhöhung der Pauschalhonorare für die Ärzte um weitere 10 Prozent.

(*) **Stuttgart, 23. Okt.** (Aufgehobene Käu- bungen.) Der Stuttgarter Handelshof hatte den Mietern zweier Häuser in der Friedrichstraße, die er zu Ausstellungenzwecken gekauft hatte, die Wohnungen auf 1. April 1920 gekündigt. Auf erhobene Beschwerde in der „Schw. Tagw.“ hat das Wohnungsamt der Kündigung die Zustimmung verweigert.

(*) **Stuttgart, 23. Okt.** Während in Friedenszeiten täglich rund 150 000 Liter Milch nach Stuttgart herein kamen, ist jetzt die Anlieferung auf 33 000 Liter zurückgegangen. Damals hatte die Stadt etwa 290 000 Einwohner, heute 311 000.

(*) **Stuttgart, 23. Okt.** (Kohle um 60 Mark.) Wie wir hören, wird die württembergische Industrie trotz des horrenden Preises (etwa 60 Mark für den Zentner amerikanische Kohle beziehen. Für Waren, die für den Export hergestellt werden, ist dieser Preis dem Tiefstand unserer heutigen Valuta angemessen.

(*) **Juffenhäuser, 23. Okt.** (Kaiser Tod.) Stuhlfabrikant J. Gebr begab sich ins Oberamt Marbach am Obf. aufzukaufen. Auf der Straße zwischen Marbach und Erdmannshausen wurde er vom Schlag gerührt.

(*) **Ludwigsburg, 23. Okt.** (Versuchter Raub m o r d.) Vom Kriegsgericht wurde der ukrainische Staatsangehörige Hochbaum zu 10 Jahren Zuchthaus wegen versuchten Raubmordes verurteilt. Der Angeklagte war dem Bankbeamten Gelle von Juffenhäuser auf dem Weg nach Ludwigsburg im Juli ds. Jrs. begegnet und hat ihn mit zwei Schüssen schwer verletzt, um ihn dann seine Wertsachen zu beschaffen. Hochbaum war damals kurz zuvor bei einer Züchtungs-Kommission in Stuttgart eingetreten nachdem er während des Krieges als Dolmetscher bei einem württ. Landwehrregiment Dienste getan hatte.

(*) **Mürtingen, 23. Okt.** (Stuttgart.) Infolge eines geringfügigen Wortwechsels gab der 19 Jahre alte Seminarist Gottlob Fischer von hier gestern Abend an seinen Onkel, den Gemeinderat Johannes Fischer, an auf dessen erst vor 14 Tagen aus der Gefangenschaft zurückgekehrten 21 Jahre alten Sohn Gustav, in deren Obhut acht scharfe Schüsse ab. Beide wurde

schwer verletzt und noch gestern Abend in die Klinik nach Tübingen übergeführt. Der junge Fischer ist heute früh seinen Verletzungen erlegen. Gemeinderat Fischer wird kaum mit dem Leben davontkommen. Der Täter ist festgenommen.

(*) **Tübingen, 23. Okt.** (Vollzählung.) Die Stadt Tübingen zählte am 8. Oktober 21 002 Einwohner.

(*) **Hall, 23. Okt.** (Entgleisung.) Am Tunnel bei Dörsental entstand eine Entgleisung eines Wagens der Güterzugs Crailsheim-Heilbrunn dadurch, daß der Gefälle des Wagens zu hoch gestellt war. Der Wagen wurde mehrere Kilometer weit neben den Schienen hergeschleift bis man den Unfall bemerkte. Die Strecke östlich der Wagen sind stark beschädigt. Der Verkehr auf der Linie Dörsental-Hall mußte längere Zeit auf einen Kreis bewerkstelligt werden.

(*) **N Ravensburg, 23. Okt.** (Voshafter Au- schlag.) Als Jagdwart Torstmann von Ravensburg mit seinem Motorrad die Steige Bihentente-Miederwegen herunterfuhr, fand er den Weg an der Stelle, wo die Steige eine scharfe Kurve bildet, von einem starken Draht in Höhe von etwa 14 Meter überspannt. Zum Glück bemerkte er das Hemmnis noch rechtzeitig, so daß er von einem lebensgefährlichen Sturze bewahrt blieb.

Wutmaßliche Wetter.

Der Hochdruck weicht nach Osten zurück. Im Westen liegt eine Störung auf, unter deren Einfluß am Samstag und Sonntag zunehmende Erhebung bevorsteht. Das Wetter wird aber in der Hauptsache noch ziemlich mild und trocken bleiben.

Baden.

Die Beschaffungszulage.

(*) **Karlsruhe, 23. Okt.** Der Haushaltsausschuß be- gamt gestern vormittag die Beratung der Beschaffungszulage für die Beamten und Staatsarbeiter Finanzminister Dr. Wirth teilte mit, daß vor der Sitzung eine Abordnung der Eisenbahner bei ihm vorkam, geworden sei und die baldige Erledigung der Angelegenheit gefordert habe. Der Minister erklärte, daß er sich auf Drohungen nicht einlasse. Die Forderungen müßten mit großer Vorsicht und sehr eingehend behandelt werden da der badische Staatshaushalt für das Jahr 1920 alle Voraussicht nach mit einem Fehlbetrag von 43 bis 50 Millionen abschleife. Die Eisenbahnenverwaltung rechne für den Betrieb schon jetzt mit einem Defizit von 138 Millionen im kommenden Jahr, ferner mit 77 Millionen für Bauten und rund 50 Millionen für Verzinsung und Amortisation. Das gäbe ein Gesamtdefizit der Eisenbahn im Jahr 1920 von 265 Millionen. Dem siehe gegenüber, daß im Jahre 1920 weniger Steuern eingehen werden, schon weil durch den Zusammenbruch im Herbst 1918 namhafte Vermögenssteuern erübrigt worden sind. Fasse man alle Momente zusammen, so könne man sagen, daß man im nächsten Jahr mit einem Ueberschuß an Vermögenssteuern von etwa 15 Millionen rechnen kann, gegenüber 83,5 Millionen Ueberschuß für 1919. Das Einkommen wird überhaupt nur im 1. Vierteljahr 1920 Baden noch zur Verfügung stehen, denn vom 1. April ab wird das Reich die Einkommensteuer erheben. Für 1919 dürfe man in der allgemeinen Staatsverwaltung einen Ueberschuß von 30 Millionen erwarten. Dieser müsse aber unbedingt zur teilweisen Deckung des immer größer werdenden Defizits der Eisenbahnverwaltung verwendet werden. Dem betrage die Eisenbahnschuld 790 Millionen. Sie habe sich in diesem Jahr um 190 Millionen vermehrt und nach der jetzigen Politik sei mit ihrem Anwachsen auf eine Milliarde im Jahr 1920 zu rechnen.

Was die Beschaffungszulage anbetriffe, so sei ihre Bewilligung in der geforderten Höhe absolut unmöglich. Dagegen könne eine entsprechende Zulage, insbesondere für die Kinderreichen Familien wohl gewährt werden. Da virkliche Not bestünde, müsse auch geholfen werden.

In der Nachmittagsitzung wurden die Besprechungen vertagt und ein gewisses Ergebnis bezüglich der Gewährung einer Beschaffungszulage insofern erzielt, als bestimmte Vor schläge vorliegen, die eine Einigung der Parteien erhoffen lassen. Zur endgültigen Entscheidung sind die Fraktionen auf Freitag telegraphisch einberufen.

(*) **Karlsruhe, 23. Okt.** Gestern hat die gesamte Arbeiterchaft der Eisenbahnwerkstätte Schweigen die Arbeit niedergelegt, weil im Landtag über die Beschaffungszulage noch nicht entschieden sei. Der Herr Finanzminister ersahne daraufhin verbüchlich in der Generaldirektion, wo eine Beratung mit den Beamten des Werkstättenwesens und den Vertretern der Werkstättenarbeiter über die Steigerung der Werkstättenleistung stattfand. Er wies mit eindringlichen Worten auf das Unbesonnenheit und Angehörige dieser überreichten Arbeitseinstellung hin. Die Arbeitervertreter stimmten mit dem Minister überein, auf dessen Veranlassung sodann ein Telegramm abgefaßt wurde, das die Arbeiter auffordert, die Arbeit alsbald aufzunehmen. Der Landtag sei in die Beratung der Beschaffungszulage eingetreten. Guter Fortgang und Lösung der Frage sei nur gesichert, wenn die Arbeit sofort aufgenommen wird.

(*) **Karlsruhe, 23. Okt.** Aus Kreisen der Reichswahlen wird uns geschrieben: Die Reichsbeamten haben im Herbst 1918 die letzte Regelung ihrer Feuerungs- bezüge erhalten, seitdem jedoch nichts mehr und zwar aus dem Grunde, weil das Reich im Frühjahr und Sommer 1919 zu einer weiteren Aufbesserung nicht die Mittel fällig machen konnte. Gerade in dieser Zeit schied aber die Beamten der meisten Bundesstaaten nach Badens, Aufbesserungen ihrer Feuerungszulagen, die den heutigen Lebensverhältnissen angepaßt sind. Daher im Lauf dieses Jahres gewährten Feuerungszulagen höher sind, als die noch aus dem Jahr 1918 vom Reich bewilligten, liegt mit Rücksicht auf die sprunghaft geordnete Feuerung auf der Hand. So erhält ein verheirateter mittlerer Reichsbeamter 163) Mk. Feuerungszulage während der entvordene badische Beamte eine solche von

3000 Mark besteht. Es entsprach somit dem Sinne ausgleichender Gerechtigkeit, wenn das Reich sich zur Auszahlung einer Beschaffungszulage von 1000 Mark an seine im Hintertreffen geratenen Beamten herbeiließ.

(*) **Karlsruhe, 23. Okt.** Im nächsten Jahr soll hier der 25. Bundestag des Deutschen Arbeiterbundes stattfinden, an dem sich Vertreter aller Arbeitervereine Deutschlands hier einfinden werden. Die Gesellschaft „Uf“ ist in Karlsruhe gegründet worden und hat sich von dort aus über das Reich verbreitet.

(*) **Heidelberg, 23. Okt.** Hier wurde ein umfangreiches Schieberfest mit Mehl, Reis, Lebkuchen usw. abgehalten. Vier Personen sind verhaftet. Beim Bahnwärtler wurden größere Mengen Mehl beschlagnahmt und bei einem früheren Bäcker 6 Zentner Mehl, das andere Bäcker „erwartet“ haben sollen.

(*) **Lauda, 23. Okt.** Das hiesige Jahndungs-Kommando hat letzte Tage 150 Hammel, die aus dem Bayerischen kamen und ins Ruhrgebiet verschoben werden sollten, einer 37 Jhr. Weisknecht, die unter einer Strohschichtung verpackt waren, beschlagnahmt.

(*) **Singen a. S., 23. Okt.** Im Anschluß an eine Zusammenkunft der Unabhängigen Sozialdemokraten, in der über die Milch- und Zückerversorgung gesprochen und tagewiesen wurde, daß 7000 Kg. Zucker zuviel an die Birre und Geschäftskleute abgegeben worden waren, schloßen die Versammlungsteilnehmer verschiedene Kaffeehäuser aus einem Lokale nahmen sie 2 Doppelzentner Weizenmehl mit.

(*) **Singen a. S., 23. Okt.** Die Gendarmerie hat in einem landwirtschaftlichen Gebäude in Aelasingen ein in angereichertes Lager schweizerischer Stumpfen im Wert von annähernd 100 000 Mark erbeutet und beschlagnahmt, wobei an der Verhinderung der Stumpfen Beteiligten, nämlich ein Landwirt und ein junger Grenzaufseher, sind it. Nachr. festgenommen worden.

(*) **Waldshut, 23. Okt.** Auf dem Sockel des Kriegerdenkmals, auf dem früher ein Krieger mit stiegruder Fahne stand, war am Sonntag morgen die Büste des früheren Großherzogs Friedrich II. aufgestellt. Bald griff indes die Behörde ein und der Hüter der öffentlichen Ordnung entfernte die Büste, die dabei in Scherben ging.

(*) **Konstanz, 23. Okt.** Die Jahndungspolizei verhaftete eine Näherin, die im Auftrag eines Kaufmanns aus der Schweiz ausländische Obligationen im Wert von 6000 Franken über die Grenze verbringen wollte. Als er Kaufmann beobachtete, wie die Näherin verhaftet wurde, flüchtete er, konnte aber später gleichfalls festgenommen werden.

Locales.

— **Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.** Zwischen dem 18. und 21. Oktober sind 10 089 Gefangene aus England zurückgeführt. — Die französische Regierung war nicht zu bewegen, die freigegebenen Zivilgefangenen nach Konstanz oder Weil zu befördern, wo die Vorbereitungen zum Empfang getroffen waren. Unerwartet trafen die beiden ersten Züge in Frankfurt a. M. ein. Sie mußten nach Weil weitergeleitet werden, wodurch ein bedauerliche Verzögerung in der Beförderung eintritt.

— **Unterrichtszeit und Kohlennot.** Die Schulbehörden werden angewiesen, den Schluß des Vormittagsunterrichts so zu legen, daß Schülern und Lehrern die Einnahme eines warmen Mittagessens, dessen Herstellung sich nach der Gaspreise richtet, möglich ist. Wenn nötig, kann die Unterrichtsstunde auf 45 Minuten verkürzt werden.

— **Beschaffung mineralischer Rohstoffe.** Beim Wiederaufbau unserer Industrien und des deutschen Wirtschaftslebens wird es sich sehr darum handeln, die notwendigen Rohstoffe möglichst billig zu beziehen, vor allem darnach zu trachten, bisher vom Ausland eingeführte Rohmaterialien durch einheimische zu ersetzen. Zu die mineralischen Rohstoffe, die die in Baden angeordneten Industrien verbrauchen, ist die Badische Geologisch-Landesanstalt bereit, nach Möglichkeit Bezugsquellen aufzuspüren und anzugeben. Besonders gilt dies für alle bisher aus Elbst-Bohrungen bezogenen Erden, Steine, Sand usw., die sich sehr wahrscheinlich in gleicher Güte und mit gleichen Eigenschaften im Lande aufstreben lassen (Wünsche und Anfragen sind an die genannte Anstalt Freiburg, Bismarckstraße 7, zu richten.)

— **Secrestabul.** Die noch in Händen der Militärverwaltung befindlichen Bestände an Tabakwaren aller Art werden demnächst dem allgemeinen Verbrauch durch Vermittlung des Abzugsamts zugeführt. Die Labenhaber erhalten die Barbrude für die Bezugsmittel durch die Händler-Vereinigung; soweit sie solcher Verbänden oder Vereinen nicht angehören, müssen sie die Bestellformulare bei der Wertschätzungskasse (Abt. Tabakfabrikate) in Hamburg, Brod 2, bis längstens 28 Oktober einfordern.

— **Die Zuckerverzeugung in Deutschland** betrug in den Betriebsjahren 1914/15 52 125 000 Ztr., 1915/16 30 240 000 Ztr., 1916/17 30 790 000 Ztr., 1917/18 31 Mill. 453 000 Ztr., 1918/19 27 193 400 Ztr. Die Erzeugung von 1919/20 wird auf 20 Mill. Ztr. geschätzt.

— **Warnung.** In jüngster Zeit sind in Zeitungen Inserate von Schweizerischen Firmen erschienen, nach welchen diese Käufer von großen Heu und Stroh „mit Ausfuhrbewilligung in die Schweiz“ sind. Es wird durch solche Inserate der Ansicht erweckt, als ob Genehmigung zur Ausfuhr von Heu und Stroh ins Ausland erteilt würde. Tatsächlich aber kann bei dem Futtermangel in einem großen Teil Württembergs von einer Ausfuhr von Heu und Stroh ins Ausland nicht die Rede sein. Auch sonst liest man in den Zeitungen nicht selten Angebote auf Lebens- und Futtermittel mit dem Bemerkung, daß die Ausfuhr in das Ausland erlaubt worden sei. Entweder handelt es sich in solchen Fällen um gefälschte Ausweise oder aber hat der Käufer überhaupt keine Ausfuhrerlaubnis in der Hand und sucht durch die falsche Angabe lediglich seinem Angebot größeren Nachdruck zu geben.



Aus dem Bezirk.

Wildbad, 23. Okt. Man schreibt uns aus Birkenfeld: Die 3. Mannschaft des 1. Fußball-Klubs Birkenfeld lieferte der 1. Elf des Wildbader Fußballvereins am letzten Sonntag bei herrlichem Herbstwetter ein schönes Spiel und gewann dasselbe mit 7:0 Toren. Obgleich die Niederlage für Wildbad eine ziemlich hohe ist, so dürfte die Mannschaft bei etwas mehr Training einen sehr beachtenswerten, nicht zu unterschätzenden Gegner abgeben. Außerdem spielte Wildbad mit lobenswerthem Eifer und Hingabe bis zum Schluß, konnte aber der besseren Wettspielpraxis der Einheimischen nicht standhalten.

Calmbach, 21. Okt. Letzten Sonntag fand hier auf dem Fußballplatz ein Wettspiel zwischen der 1. Fußballmannschaft Calmbach und der 2. Mannschaft des Fußballvereins Neuenbürg statt. Es endete mit 2:2 Toren.

Calmbach, 24. Okt. Das neue Programm vom 25. und 26. Oktober im Kronenlichtspieltheater Calmbach, ist diesmal besonders reichhaltig und sehenswert. Den Schlager des Tages bildet „Das Geheimnis des U-Boot-Kommandanten“, Drama in 4 Akten. Aufnahmen auf hoher See, Leben und Treiben der Unterseebootbesatzungen, verbunden mit dem tragischen, abenteuerreichen Geschehen des Kommandanten vom U 48 wechseln in bunter, spannender Reihen-

folge. Dieser Film gelangt auch ausnahmsweise für Kinder zur Vorführung. In „Die geheimnisvollen Briefe“ beweist Stuart Webb wieder einmal seinen außerordentlichen Spürsinn auf dem Gebiete der Kriminalistik. Außer diesem Detektivschlager von 4 Akten vervollständigen noch zwei reizenden Lustspiele, „Eine sensationelle Erfindung“ und „Onkel Zentnerdens Stelldichein“ das Programm. — Wer auf Bildung Wert legt und aus eigenem Entschluß imstande ist, trotz engherziger Ansicht mancher Leute, sich ein Urteil über die ungeheure Entwicklung und Macht des Films zu setzen, der wird erkennen, daß Viele wohl Begner, aber noch viel mehr Anhänger dieser Kunst sind. — L. St.

Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns Verwandte, Freunde und Bekannte, zu unserer am Samstag, den 25. Oktober stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Lokal „Palmengarten“ ganz ergebenst einzuladen.

Wildbad, den 24. Oktober 1919.

Wilhelm Eitel

Karoline Bollinger.

Kirchgang um 2 Uhr vom Gasthaus zur „Eintracht“



Freiw. Feuerwehr Calmbach.



Am nächsten Sonntag, den 26. Oktober 1919 findet die **Besichtigung der hiesigen Feuerwehr** durch den Herrn Bezirksfeuerlösch-Inspektor statt. Die ganze Freiw. Feuerwehr hat in voller Ausrüstung um 9 Uhr vor dem Rathaus pünktlich anzutreten. Das Kommando.



Calmbacher Lichtspiele Krone

Samstag, den 25. u. Sonntag, 26. Oktbr.

Das Geheimnis des U-Bootkommandanten

Ein Drama auf hoher See.

Die geheimnisvollen Briefe

27. Abenteuer d. Stuart Webbs

Detektivschlager :: 4 Akte

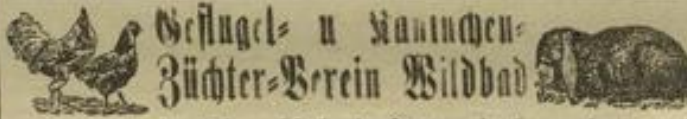
Zwei reizende Lustspiele:

Eine sensationelle Erfindung.

Onkel Zentnerdens Stelldichein

Beginn der Vorstellungen:
Samstag 1/2 8—10 Uhr
Sonntag 6—10 Uhr
Kindervorstellung:
Sonntag um 4 Uhr.

Preise der Plätze:
1. Pl. 2.50, 2. Pl. 1.75, 3. Pl. 1.25, incl. Steuer. :: Für Kinder auf allen Plätzen 50 Pfennig.



Dem Verein sind nachstehende Futtermittel angeboten und wollen Bestellungen sofort bei Herrn Kürschner Rometsch, Hauptstraße 134, gemacht werden, woselbst Muster ausliegen. **Maismehl, gemischtes Körnerfutter, verschiedenes Weichfuttermehl.** Der Vorstand: Carl Rometsch.

Das Sprengen und Zerklüppern von 500 Rm. Stockholz

ist im Akkord zu vergeben. Bedingungen liegen beim Unterzeichneten auf, an welchen schriftliche Angebote bis spätestens Montag, den 27. Oktober zu richten sind. Ad. Blumenthal, Wildbad.

Die neue Banderole kommt bald und mit ihr eine wesentliche Erhöhung der Preise.

Günstiges Angebot in Cigaretten!

Stück 23, 25, 30, 35 und 38 Pfenning aus reinen amerik. und orientalischen Tabaken; Bei Abnahme von 100 Stück 5 Proz. Rabatt.

Vorstehenden Rabatt auf Cigaretten gewähren wir, um unsere werthe Kundschaft in die Lage zu setzen, sich für **Weihnachten u. später günstig einzudecken.** :: Durch rechtzeitigen Einkauf ist unser Lager reichhaltiger als je, da die Banderole auch Cigarren und Tabake betrifft

in welchen wir nur erstklassige Qualitäten führen, bietet sich auch hier Gelegenheit vorteilhaft einzukaufen.

Cigarren per Stück 45, 60, 75, 95, 120 usw.

Dieses Angebot ist nur gültig solange unser Vorrat reicht.

Chr. Schmid & Sohn
Tabakwarengrosshandlung
Abt. Kleinverkauf König-Karlstrasse 68.

Geschäfts-Verlegung :: und -Empfehlung ::

Meiner geehrten Kundschaft die ergebene Mitteilung, daß sich von heute ab mein

Schuhwaren-Lager

in meinem Hause **Wilhelmstrasse 117** befindet. Ich werde mich bemühen, das Geschäft nach den gleichen Grundsätzen wie seit Jahren weiter zu führen. Ich bitte meine geehrte Kundschaft, das mir stets in so reichem Maße entgegen gebrachte Vertrauen auch fernerhin bewahren zu wollen.

Hochachtungsvoll!

Herrn. Lutz, Schuhwarengeschäft.

NB. Meine Schuhmacherwerkstätte befindet sich vorerst noch Wilhelmstr. 124.

Sozialdemokr. Partei Wildbad.

Am Sonntag nachm. 2 Uhr findet im Gasthaus zum „Grünen Hof“ eine

Mitglieder-Versammlung

statt. :: Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.

Der Ausschuss der sozialdemokr. Partei.

Pensions-Billa

zu kaufen gesucht. Offerten an die Geschäftsstelle des. Bl. erbeten.

„Inneregrün“

Wildbad.

Heute abend 8 Uhr

Hauptprobe

im Gasth. „Bad. Hof“. Vollständiges Erscheinen der Spieler notwendig.

NB. Freiwillige Gaben zu der Verlosung werden dankbar angenommen und können im Gasth. zur alten Linde abgegeben werden.

Der Vorstand.

1,1 weiße

Mietkaninchen

nebst zwei 4 Monate alten Jungen, ferner 1,1 8 Monate alte

Belgische Riesen

zu verkaufen

Villa Wilhelma.

Einige bereits neue

Fässer

50—600 Liter haltend, hat abzugeben.

Karl Kott, Obstlerei, Wildbad.

Ein gut erhaltenes

Bordeaux-Faß

mit Türle,

(ca. 200—220 Ltr. haltend), hat zu verkaufen.

Franz Del Missier.

Ein neuer

blauer Anzug

1 mal getragen und ein Paar

Damenstiefel

zu verkaufen.

Hauptstraße 129, Wildbad.

4-Zimmer-Obnuna

mit Zubehör auf 1. Januar oder 1. April 1920

zu mieten gesucht.

Offerten unter N. N. an die Exped. des. Bl. erbeten.

Echte französische

Toiletteseife

Stück Mk 4,20

und 7,50

bei

Chr. Schmid & Sohn

Abt. Parfümerien,

König-Karlstr.

— 68 —

Fußball-Verein Wildbad.

Die Mitglieder werden zu der am Samstag, den 25. Oktober stattfindenden

Hochzeits-Feier

unseres Mitglieds Karl Müller

in das Gasthaus zur „Alten Linde“ freundlichst eingeladen.

Militär-Verein Wildbad.

Samstag abend 7 Uhr

Ausichß-Siguna

bei Kamerad Jank z. Anker.

Vollständiges Erscheinen notwendig. Der Vorstand.



Wildbad.

Samstag abend 8 Uhr

Probe

für Hochzeitsgesang

im Lokal.

Alle Sänger erwartet

Der Vorstand.

Phil. Bosch Wildbad

empfiehlt

Kleiderzeuge
Kleider-Cattune
Dirndl-Stoffe
Schleierstoffe
auch für Vorhänge sehr geeignet
Hemdentuche
Baumwollflanelle
Futterstoffe.

Echte

Remy-Reisstärke

in grossen Brocken.

Borax chem. rein

lose und Kaiser-Borax in Paketen

Seifenpulver

Friedensqualität.

Terpentin u. Benzin

Tischlerleim

in Tafeln.

Medic. Drogerie

Gebr. Schmit, Wildbad.